

Uni sieht gute Voraussetzungen für ETH-Institut

thm. Die Infrastruktur und das Dienstleistungsangebot im Bereich Lebenswissenschaften in der Region Basel sprechen für die Gründung eines ETH-Instituts in Basel. Zu diesem Schluss kommt eine vom Vizerektorat Forschung der Universität Basel in Auftrag gegebene Studie.

Das Projekt «ETH Basel» sieht vor, einen Teil der Aktivitäten der ETH Zürich und der Universität Basel auf dem Gebiet der Life Sciences am Standort Basel zusammenzuführen. Zurzeit arbeiten diverse Arbeitsgruppen an einem Konzept für das neu zu gründende ETH-Institut. An diese richte sich der Bericht auch, sagte Auftraggeber Gian-Reto Plattner, Vizerektor Forschung der Uni Basel. Neuigkeiten zum Gang der Verhandlungen insbesondere mit der ETH Zürich enthält der Bericht nicht. Plattner sagte jedoch, dass ein Vorschlag für das wissenschaftliche Konzept des Instituts kurz vor dem Abschluss stehe.

Das 16 Seiten umfassende Papier, das von dem Wissenschafts-Consultant und Zellbiologen Hans Peter Bernhard verfasst wurde, spricht von einer «für die Schweiz einzigartigen Kombination von etablierter Hochschulforschung mit einem innovativen und forschungsorientierten privatwirtschaftlichen Umfeld». Besonders herausgestrichen wird die Wahl Basels zum Zentrum des Nationalen Forschungsprojekts «Nanowissenschaften». Als günstig für die Life Sciences bewertet die Untersuchung auch den Umstand, dass die Fachbereiche Genomik, Proteomik und Bioinformatik in Basel einen besonders hohen Stellenwert einnehmen würden, da ihnen aus Sicht der forschenden Industrie bei der Entwicklung neuer Medikamente eine zentrale Rolle zukommt. Entsprechend wird auf zwei Institute der Pharmaindustrie hingewiesen, das «Roche Center for Medical Genomics» und die Novartis-Einheit «Life Science Informatics». Auch die Universität habe auf dem Gebiet der Bioinformatik mit der Bildung des am Biozentrum angesiedelten Basel Computational Biology Centers einen Schwerpunkt geschaffen.

Ansonsten präsentiert der Bericht im Wesentlichen die Vielfalt der biologischen und medizinischen Forschung in und um Basel, angefangen mit der 1971 erfolgten Gründung des interdisziplinären Biozentrums bis zur Bildung des «Departements Klinisch-Biologische Wissenschaften» im April 2000. Der Standort Basel, kommt die Studie zum Schluss, zeichnet sich durch ausgeprägte Schwerpunkte und Stärken aus, die für den Aufbau eines gemeinsamen Instituts der ETH Zürich und der Universität Basel hervorragende Voraussetzungen bieten.

Den Rassisten die rote Karte zeigen

Vorbehalte gegenüber Fremden sind verständlich. Aber müssen diese Gefühle gleich in Rassismus ausarten? Ein Podiumsgespräch ging der Frage nach, wie Jugendliche mit der Ausgrenzung umgehen.



Angst vor der Andersartigkeit. Nicht immer präsentiert sich der Rassismus in solch offensichtlicher Form wie bei dieser Sprayerei. Foto Muelhaupt

Wer auf der Strasse Asiaten begegnet, denkt in diesen Tagen automatisch an die Lungenkrankheit Sars. «Ich habe mich selbst dabei beobachtet und bin erschrocken», meinte Yannick Studer, 20 Jahre jung und Mitorganisator beim diesjährigen Jugendkulturevent «imagine03», der am 20. und 21. Juni auf dem Barfüsserplatz steigen wird. «Alltäglicher Rassismus» – um diese Frage kreist das Festival, das wie schon in den zwei Jahren zuvor von Terre des hommes Schweiz angeschoben wurde. Der nicht immer leichte Umgang mit den Andersartigen war auch Thema an einer Diskussionsveranstaltung, zu der im Vorfeld von «imagine03» am Montagabend ins Unternehmen Mitte geladen worden war.

Bei Studers Kollegen Nico Scholer (21) war es die Begegnung mit dem Halter eines Dobermanns, die ihn stutzig machte: «Automatisch platzierte ich ihn in einer Schublade, statt offen zu sein und erst mit ihm zu reden», rüffelste sich Scholer nachträglich. Nicht nur Andersfarbige, auch Behinderte, Schwule oder Frauen würden häufig Opfer von Rassismus – ein Begriff, der an der Veranstaltung sehr weit gefasst wurde.

«Rassistische Tendenzen sind nicht einfach im Menschen angelegt», betonte die Ethnologin und Migrationsfachfrau Rebekka Ehret. Vielmehr werde rassistisches Gedankengut dann manifest, wenn man eine ganze Gruppe als

minderwertig abstemple – «zum Schaden der andern oder zum eigenen Nutzen». Das könne sich auch sehr subtil äussern und sei damit längst nicht immer mit dem entsprechenden Gesetzesartikel zu ahnden: «Wenn jemand nicht zu einem Miet- oder Arbeitsvertrag kommt, weil er die falsche Nationalität hat, gehört das zur Grauzone des Rassismus, der sich schwer fassen lässt.» Nicht die Juristerei, sondern eine Sensibilisierung der Gesellschaft müsse hier Abhilfe schaffen, forderte Ehret.

Von Mitläufern und Mitdenkern

Mit den zwei «imagine03»-Organisatoren war an der Veranstaltung eine Generation präsent, die in den letzten Wochen an den Friedensdemos für Aufsehen gesorgt hatte und unter Altlinken die Hoffnung aufkeimen liess, eine neue Jugendbewegung sei im Anmarsch. Yannick Studer dämpfte entsprechende Erwartungen: «Wir wollen uns von den Erwachsenen abgrenzen, um wahr- und ernst genommen zu werden.» Eindeutig sei der Trend in der Jugend, sich von der offiziellen Politik abzumelden, weil man sich bei Nichtregierungsorganisationen besser verstanden fühle und dort mehr Lust zum Mittun habe. Auf ein Votum aus dem Publikum meinte Studer, tatsächlich habe es bei den Demos Tausende von Mitläuferinnen und Mitläufern gegeben. «Doch das ist für mich kein Problem, solange

die Demonstrierenden nicht nur mitlaufen, sondern auch mitdenken.» Ohnehin seien bis auf die vorderste Person einer Kundgebung definitionsgemäss alle Mitläufer...

War früher alles besser?

Auch der Soziologe Ueli Mäder stellte die Frage, wieweit die heutige «Generation Pace» tatsächlich eine Bewegung sei und als solche vielleicht auch einen anderen Zugang zum Thema Rassismus habe. «Zu meiner Zeit genügte es, mit langen Haaren und rotem Stirnband herumzulaufen, um zu provozieren», erinnerte sich der Alt-Achtundsechziger. An den heutigen Jungen gefalle ihm, wie locker, aber trotzdem nicht beliebig sie miteinander umgingen. Früher sei auch in der Protestkultur durchaus nicht alles besser gewesen – man sei sehr dogmatisch gewesen, Abweichungen von der offiziellen Gegenmeinung habe man kaum gelten lassen. Mäder wies zudem auf die Abstrusität hin, dass die Werbung dem Jugendwahn nacheifere, während es junge Ideen in der Politik sehr schwer hätten.

«Die Jugend ist positiv»

Die Vielfalt der Themen machte es dem Moderator und BaZ-Redaktor Christian Platz nicht immer ganz einfach, die Podiumsteilnehmenden ans Thema des Abends zurückzuführen.

Klare Worte fand der Leiter der Jugendstaatsanwaltschaft, Christoph Bürgin: «Die Gewalt von Jugendlichen hat in den letzten fünf Jahren kaum zugenommen.» Natürlich gebe es eine süffige Geschichte ab, wenn ein Halbwüchsiger eine Katze anzünde – die Story schaffte es im letzten Jahr in der ganzen Deutschschweiz in die Schlagzeilen. Doch solche Taten seien rar. Bürgin, dessen Behörde jährlich rund 200 Fälle von unter 18-jährigen Delinquenten zu behandeln hat, ist jedenfalls überzeugt: «Die Jugend ist viel positiver, als sie in den Medien dargestellt wird.»

Wenn das Wort Rassismus mit Ausgrenzung gleichgesetzt wird, so ist die Aussage der Philosophin Olga Rubitschon doppelt bedenkenswert: «Ich fühle mich heute als der gleiche Mensch, der ich vor 30 Jahren war.» Statt den Generationenkampf zu probieren, sollten Junge und Alte besser die gemeinsame Basis suchen. Das allerdings fordert auch die Älteren heraus, ihre Möglichkeiten zu teilen und der Jugend das ihre zuzugestehen.

Pieter Poldervaart

Die Podiumsdiskussion «Alltäglicher Rassismus – was dagegen tun?» erfährt am nächsten Freitag um 19.30 Uhr im Kantonsmuseum Liestal eine zweite Auflage.

KVG-Verordnung: Liestal kritischer als Basel

Basel/Liestal. BaZ. Der Bundesrat will auf 1. Januar 2004 eine Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung in Kraft setzen. Ziel des Reformpakets ist es, die Solidarität unter den Krankenversicherten zu stärken, ihre Kostenbeteiligung der Entwicklung der Versicherungsausgaben anzupassen und die Krankenkassen zu mehr Transparenz zu verpflichten, indem sie mehr betriebliche Daten öffentlich zugänglich machen müssen. Im Weiteren sind auch Massnahmen zur Bekämpfung von Auswüchsen im Laborbereich sowie eine Vereinheitlichung der Reserve-Vorschriften vorgesehen.

Zum Entwurf der Verordnung nahmen gestern die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft Stellung. Beide begrüssen grundsätzlich die Reform. Der Basler Regierungsrat stimmt laut seiner Mitteilung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Erhöhung der ordentlichen Franchise für Erwachsene auf neu 300 Franken pro Jahr sowie des maximalen Selbstbehaltes auf neu 800 Franken für Erwachsene und 400 Franken pro Kind und Jahr zu. Die Erhöhungen entsprächen dem Ausmass des seit der letzten Anpassung (1998) eingetretenen Kostenwachstums im Bereich der Krankenpflegeversicherung. Die Franchise wie auch der bisher für Erwachsene auf maximal 600 Franken beschränkte Selbstbehalt von zehn Prozent bildeten für die Versicherten einen beschränkten Anreiz zum wirtschaftlichen Umgang mit der Nachfrage nach medizinischen und therapeutischen Leistungen. Damit die Wirksamkeit dieser Instrumente nicht geschmälert würden, ist es nach Auffassung des Regierungsrates zwar unerfreulich, aber notwendig, diese von Zeit zu Zeit an das Kostenwachstum anzupassen.

Im Gegensatz zur Basler Exekutive vertritt die Baslerbieter Regierung in einzelnen Punkten eine abweichende Haltung. So übersteige die vorgesehene Franchise-Erhöhung die seit der letzten Erhöhung effektiv eingetretene Kostenentwicklung – sie wird deshalb als zu hoch erachtet. Auch habe man festgesetzt, dass eine abschliessende Beurteilung der finanziellen Konsequenzen der erhöhten Kostenbeteiligung für kranke Versicherte und der möglichen Prämienreduktionen wegen mangelnder Transparenz der Vernehmlassungsunterlagen nicht möglich sei. Weshalb «Liestal» eine entsprechende Ergänzung der Unterlagen (bei Eidgenössischen Departement des Innern) beantrage – insbesondere eine transparente Gegenüberstellung der betragsmässigen Mehrbelastung der kranken Versicherten mit den Beträgen der möglichen Prämienreduktionen.

ANZEIGENTEIL



FAST WOOD.

Holz aus einheimischer Produktion, Farben auf Wasserbasis, Isolation und Dach aus recycelten Materialien. Was Häring entwirft, plant und realisiert, überzeugt ökologisch wie ökonomisch. Bei McDonald's in Modulbauweise bereits 40-mal. Und das innert kürzester Zeit:

in 8 Wochen vom Anruf bis zur Eröffnung. Wenn Sie im Gewerbe-, Hallen- und Wohnungsbau an cleveren Baulösungen interessiert sind: Häring & Co. AG,

4133 Pratteln, Tel. 061 826 86 86, www.haring.ch

HÄRING

MACHT BAUEN LEICHT.